

OTS - Unabhängige GewerkschafterInnen (UG) vom 25. Februar 2013

LehrerInnendienstrecht:

Es geht nicht um Zulagen es geht um Schulqualität!

Utl. Unabhängige GewerkschafterInnen zu dem in der Zeitschrift ÖSTERREICH veröffentlichten Regierungsangebot

Während sich die Gewerkschafts-Verhandler zu Stillschweigen über Verhandlungsinhalte verpflichtet haben, sieht das die Gegenseite anscheinend nicht ganz so eng: Die Zeitschrift ÖSTERREICH verlautbart, dass die Regierung den LehrerInnen-Vertretern das Angebot mache, NeulehrerInnen durch Zulagen „bis zu 700.-“ ein Anfangsgehalt von „bis zu 3.100 Euro“ zu bieten. Da können Normalverdiener vor Neid nur erblassen.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD weisen die Darstellung, wonach es den LehrerInnen um 700 „Zulagen“ gehe, entschieden zurück. Tatsache ist, dass ohne die versprochenen Zulagen das angebotene Bruttogehalt unverändert bei 2.400.- läge, mit deutlich verflachter Gehaltskurve und einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung von 20 WE auf 24 Stunden, lebenslänglich, mit ganz wenigen Abschlagsmöglichkeiten. Ein attraktives Angebot“

Entscheidend für die Bildungsqualität und die Arbeitsplatzqualität an den österreichischen Schulen ist die Zeit für den Unterricht, für Vor- und Nachbereitung, für Korrekturarbeiten, für individuelle Begleitung und Förderung der SchülerInnen. 24 Stunden Lehrverpflichtung bedeuten in der Sekundarstufe wenigstens zwei Klassen, d.h. 50 bis 60 SchülerInnen mehr, und damit bleibt den LehrerInnen deutlich weniger Zeit für jede und jeden einzelnen. Ein attraktives Angebot“

Mit Zulagen ist dieses Problem nicht zu lösen, dazu braucht es nicht nur für die BMHS und die AHS-Oberstufe die Bereitstellung der für mehr Schulqualität notwendigen Planstellen für LehrerInnen, für PsychologInnen und SozialarbeiterInnen, die SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen vor Ort zur Seite stehen, und für Verwaltungspersonal, das vor allem die Schulleitungen entlastet.

Die in ÖSTERREICH gezündete „Bombe“ des Regierungsangebotes ist immer noch ein Sparpaket auf dem Rücken der LehrerInnen und ihrer SchülerInnen. Verantwortbar“

Zwt: Bildung kostet.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD und die Österreichischen LehrerInnen Initiativen fordern die Regierung auf, für das neue Dienstrecht und die neue LehrerInnenbildung die notwendigen Budgetmittel in die Hand zu nehmen:

- Masterstudium und entsprechende Bezahlung für alle LehrerInnen, nicht nur wie bisher für AHS und BHS und nicht auf Basis von Zulagen.
- Ausreichend Zeit für Unterricht und individuelle Beratung und Förderung aller SchülerInnen, keine Arbeitszeiterhöhung für LehrerInnen, auch nicht über Zulagen,
- Stärkung der demokratischen Mitbestimmungsrechte an den Schulen!

„Es gibt nur eines, das noch teurer ist als Bildung: Keine Bildung!“ (John F. Kennedy)

Zwt: Information, Stärkung der Mitgliederrechte. Gewerkschaftsdemokratie

Von den GÖD-Verhandlern und von den LehrerInnengewerkschaften der GÖD fordern ÖLI und UG ein Ende der Geheimpolitik, rasche Information der KollegInnen und eine Urabstimmung über das lt. ÖSTERREICH „vor Ostern“ zu erwartende Ergebnis.

Für die Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst+Ausgegliederte:

Reinhart Sellner, Beate Neunteufel-Zechner - UGöd-Vorsitzende

Wilfried Mayr, Barbara Gessmann-Wetzinger, Josef Fuchsbauer, Ingrid Kalchmair „
ÖLI/Österreichische LehrerInnen Initiative

Rückfragehinweis: reinhart.sellner@gmx.at, 0676/34 37 521

<http://www.ugoed.at/> <http://www.oeli-ug.at/>